

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck
Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr

„Pilger der Hoffnung in schwieriger Zeit“

Zeitenwende 2.0 – 36. Seminar des Studienkreises Katholischer Offiziere

Donnerstag, 20. November 2025, 19:00-21:00 Uhr –

Gästehaus des Katholischen Militärbischofs in Berlin

I.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in wenigen Wochen geht das Heilige Jahr 2025 zu Ende. Mit seinem Motto „Pilger der Hoffnung“ hat es einen, wenn nicht den Nerv unserer Zeit getroffen. Was brauchen Menschen, die in der Ukraine nach über drei Jahren Krieg noch immer unter Zerstörung und Gewalt leiden, dringender als Hoffnung? Wie sehr benötigen die Bewohner des Heiligen Landes – Israelis wie Palästinenser – Hoffnung auf ein friedliches Leben in Sicherheit? Woher kommt Hoffnung im Sudan, im Jemen und an all den vielen übersehenen Kriegsschauplätzen der Welt?

Neben den Kriegen unserer Zeit sehen wir zahllose weitere existentielle Bedrohungen weltweit durch Hunger, Umweltkatastrophen, Perspektivlosigkeit und Flucht. In jeder einzelnen dieser Situationen sehnen sich Menschen nach Gründen, die sie hoffen lassen auf Frieden, Nahrung, Gesundheit und Sicherheit.

Manche Klage, manche Unzufriedenheit hierzulande relativiert sich, wenn wir sie einordnen in die Gesamtschau globaler Leidensorte. Wir leben nach wie vor in Wohlstand und haben Handlungsspielräume, Gestaltungsmöglichkeiten und die Freiheit, mitzuwirken an einer gerechten Gesellschaft und einem guten Leben für alle. Sollte das nicht ein sehr guter Grund zur Hoffnung sein?

Und doch scheint Hoffnung in Deutschland in einem bestimmten Sinne oft Mangelware zu sein. Zweifellos stehen gesellschaftliche Veränderungen an – und das alles vor dem Hintergrund eines sicherheitspolitischen Kurswechsels historischen Ausmaßes. Die Debatten darüber aber sind zermürend, haben teilweise noch gar nicht richtig angefangen oder werden zersetzt durch scharfe und polemische Polarisierungen.

Während die Sorge um die „Seele“ unserer demokratischen Gesellschaft wächst, müssen wir große Investitionen in die militärische Stärke und Widerstandsfähigkeit unseres Landes auf den Weg bringen. Droht – wie manche warnen – eine bellizistische Umerziehung der Bevölkerung? Oder ist vielmehr ein Mentalitätswandel zu mehr Wehrhaftigkeit notwendig? Diese Frage macht deutlich, dass wir uns im Spannungsfeld zwischen dem Gebot der Gewaltfreiheit und der Notwendigkeit legitimer Verteidigung bewegen. Diesen Spannungsbogen – entschlossener Schutz von Menschenleben und Recht, ohne das Leitbild des Friedens aus den Augen zu verlieren – müssen wir aushalten. Weder dürfen wir dem naiven Glauben verfallen, dass allein ein moralischer Appell Aggressoren stoppt, noch dem zynischen Irrtum erliegen, militärische Stärke sei die einzige Antwort. Es gilt, die Balance zu halten: wehrhafter Friedensschutz, ohne den Frieden als Leitidee preiszugeben. Die gegenwärtige Zeitenwende – ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine – erfordert kein Ende der Friedensethik; im Gegenteil macht sie diese dringlicher denn je. Christliche Friedensethik kann und darf nicht haltmachen beim Kriterium der Sicherheit, so wichtig es mit Blick auf die harten Realitäten unserer Welt auch bleibt. Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer hat diesen Zusammenhang einmal sehr treffend formuliert: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn der Friede muß gewagt werden.“¹

Um am Wagnis des Friedens aber festhalten zu können, müssen wir im besten Sinne des Wortes „Pilger der Hoffnung“ bleiben. Friede braucht Hoffnung und Menschen, die sich für ihn einsetzen. „Pilger der Hoffnung“ sind von der Zuversicht geprägt, dass am Ende nicht das Böse siegt. Erst diese Hoffnung befreit zu einer Haltung, die sich ganz in den Dienst eines unbedingten Friedenswillens stellt. Aus christlicher Sicht findet diese Haltung auch Ausdruck in Werten und Normen, die von dem Bewusstsein um eine besondere Verantwortung vor Gott und vor den Mitmenschen geprägt sind. Nicht umsonst steht im Zentrum unseres christlichen Glaubens die Liebe Gottes zu uns Menschen. Sie trägt und hält uns und mahnt, die Würde eines jeden Menschen zu achten. Ihre Zielperspektive findet sie oft in der Gerechtigkeit, nicht selten aber auch in der Barmherzigkeit, weil es eben um eine Orientierung am Nächsten mit seiner Menschenwürde geht. Wir brauchen Christen, nicht zuletzt auch in der Bundeswehr, die ihre Haltungen aus einem solchen Werte- und Normenkanon ableiten, die aus Verantwortung vor Gott und den Menschen Haltung bewahren und mit wachem Verstand und einem großen Herzen für eine menschlichere Welt eintreten. Hoffnung ist darum ganz wesentlich eine Lebens- und Glaubenshaltung. Dem tschechischen Schriftsteller Vaclav Havel

¹ London 1933-1935, DBW Band 13, 300.

wird der Satz zugeschrieben: „Es geht nicht um die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern um die Gewissheit, dass etwas Sinn macht, egal wie es ausgeht.“ Damit macht er die feine, aber wichtige Unterscheidung zwischen einer Erwartung bestimmter erwünschter Ereignisse und der Hoffnung als Haltung. Wer hofft, verliert sich nicht in Träumereien und Hirngespinnsten, sondern handelt in dem Bewusstsein, den Ausgang der Dinge nicht immer bestimmen zu können, sich aber beschenken lassen zu dürfen und mit ganzer Kraft für das Gute und Richtige einzutreten. Hoffnung eröffnet eine Perspektive, die über unsere eigenen Bedingtheiten hinausweisen. So verstanden, ist Hoffnung die Kraft, die uns leben lässt in der Unverfügbarkeit unseres Lebens. Und Hoffnung ist die Haltung, die uns dabei hilft, trotz aller Widrigkeiten immer wieder neu den Frieden zu wagen.

Frieden wagen, heißt auch, zwischen grundsätzlichem Gewaltverzicht und legitimer Schutzverantwortung einen gangbaren Weg finden zu wollen. Was meinen wir genau, wenn wir von gerechtem Frieden sprechen? Wie lässt sich unvermeidliche Aufrüstung ethisch verantworten, und nach welchen Kriterien? Welche Rolle kommt der Kirche in einem Konflikt zu, der längst kein konventioneller Stellungskrieg mehr ist, sondern ein hybrider Kampf, der unsere demokratische Ordnung von innen heraus gefährden soll? Und schließlich: Wie stärken wir die Resilienz unserer Demokratie – was braucht es, um als Gesellschaft wehrhaft und verteidigungsbereit zu sein, militärisch wie zivil? Im Folgenden werde ich deshalb auch erläutern, wie sich tief verwurzelte Weltbilder und kulturelle Selbstverständnisse in den aktuellen Konflikten widerspiegeln, welche Herausforderungen damit für offene Gesellschaften einhergehen und was für ein friedensethisches Instrumentarium uns zur Verfügung steht, um als Pilger der Hoffnung unserem Auftrag und Ziel gerecht zu werden: Versöhnung und echter Friede! Ich beginne mit einer historisch-theologischen Perspektivierung.

II.

Die Rückkehr der Ideologien. Russland greift in seiner aktuellen Politik nicht einfach die sowjetische Vergangenheit auf, sondern etwas Tieferliegendes: ein archaisches antiwestliches Selbstverständnis, das in imperialen Kategorien denkt – nicht in rechtlichen. Historiker wie Martin Schulze Wessel zeigen, dass Russlands antiwestliches Denken keine kurzfristige Reaktion etwa auf NATO-Osterweiterungen ist, sondern historisch weit zurückreicht. Bereits seit Aufklärung und Französischer Revolution bildete sich in Teilen des russischen Denkens ein tief verwurzelter Gegensatz zum Westen heraus, dessen Kernwerte – Freiheit, Individualität, Volkssouveränität – als moralisch zersetzend und gefährlich galten. Dem

westlichen Liberalismus wurde ein geistig-kultureller Gegenentwurf entgegengestellt: die Idee eines „reinen Russlands“, das in moralischer, religiöser und sozialer Hinsicht dem als dekadent erachteten Westen überlegen sei. Dieses Ideal verklärt das vermeintlich einfache, asketische Leben der vom Westen unberührten russischen Landbevölkerung – als Trägerin einer höheren Wahrheit. Schulze Wessel zeigt, wie dieses Mythologem der Reinheit in eine imperiale Identität übergang, die bis heute wirksam ist. Die russisch-orthodoxe Kirche spielt dabei eine zentrale Rolle: Sie fungiert als identitätsstiftende Kraft eines „heiligen Imperiums“, das sich in Abgrenzung zur liberalen Moderne definiert. Die enge Allianz von Kirche und Staat im heutigen Russland ist Ausdruck dieser geistigen Frontstellung gegen westliches Freiheitsdenken. Dieses tiefsitzende antiwestliche Weltbild erschwert jeden Dialog über gemeinsame Werte – das gilt selbst für den kirchlichen Dialog. Wer Frieden mit Russland anstrebt, muss sich dieser ideologischen Konfrontation bewusst sein und darf sie nicht auf bloße Geopolitik verkürzen. Wege der Verständigung erfordern also Aufmerksamkeit nicht nur für politische, sondern auch für kulturelle und religiöse Tiefenschichten.

Auch China erlebt – unter Präsident Xi Jinping – eine machtvolle Rückkehr der Ideologie als treibende Kraft der Politik. Während frühere Führungen eher pragmatisch agierten, betont Xi die zentrale Rolle der Kommunistischen Partei als Trägerin einer „großen nationalen Wiedergeburt“. Der Marxismus-Leninismus wird nicht historisiert, sondern aktiv revitalisiert – kombiniert mit konfuzianischem Gedankengut, technonationaler Selbstbehauptung und ausgeprägtem Autoritarismus. Diese ideologische Rückbindung zeigt sich innenpolitisch etwa in streng kontrollierender „patriotischer Erziehung“ und der Sinisierung der Religionen, außenpolitisch in Chinas Anspruch, ein alternatives, kollektivistisches Gesellschaftsmodell global zur Geltung zu bringen. Die Rivalität mit dem Westen ist somit nicht nur geostrategisch, sondern weltanschaulich grundiert. Diese Tiefenstrukturen verdeutlichen, dass die gegenwärtige globale Konfrontation nicht allein von Interessensgegensätzen, sondern von Weltbildern geprägt ist. Friedensethik muss daher auch kulturelle und ideologische Gegensätze ernst nehmen – und zugleich ausloten, wie dennoch Räume für Dialog und Verständigung offengehalten werden können.

III.

Erosion der Friedensordnung: Folgen für Sicherheit und Demokratie. Die Hoffnungen auf eine stabile, friedlichere Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich im Rückblick als trügerisch erwiesen. Die erwartete „Friedensdividende“ – nämlich sinkende militärische Spannungen und freiwerdende Ressourcen für Entwicklung und Gerechtigkeit – ist ausgeblieben. Stattdessen entstanden neue Konfliktlinien, und alte Machtmuster kehrten in

neuer Gestalt zurück. Was zunächst positiv erschien, etwa die abnehmende Bedeutung atomarer Abschreckung, zeitigte auf den zweiten Blick negative Folgen: Solange die Ost-West-Konfrontation andauerte, beruhte die Abschreckung auf einem stabilen (wenn auch schrecklichen) Gleichgewicht des Schreckens; heute verliert sie an Wirkungskraft. Die Schwelle zur Anwendung konventioneller militärischer Gewalt ist wieder gesunken. Regionale begrenzte Kriege werden von aggressiven Akteuren zunehmend als durchführbar und politisch nutzbar eingeschätzt – sei es in Georgien, Syrien, Bergkarabach oder aktuell in der Ukraine. Der Gedanke, Krieg könne ein legitimes Mittel der Interessenverfolgung sein, ist in einigen Kreisen wieder salonfähig geworden.

Parallel dazu ist eine deutliche Schwächung des internationalen Völkerrechts und der damit verbundenen Institutionen zu beobachten. Die Idee, zwischenstaatliche Konflikte in einem gemeinsamen Rechtsrahmen auszuhandeln und zu lösen, wurde systematisch untergraben. Das Denken in Einflusszonen – eigentlich überwunden geglaubt – feiert eine gefährliche Renaissance: Russland reklamiert offen „Schutzräume“ jenseits seiner Grenzen, China beansprucht geopolitische Vorherrschaft bis in den Indopazifik. Diese Entwicklungen bedrohen nicht nur ferne Regionen, sondern stellen auch für uns eine konkrete Gefahr für den „Raum der Freiheit“ dar, in dem offene Gesellschaften sich entfalten können. Dieser Freiraum wird von außen bedroht durch direkte militärische Gefahren, aber ebenso durch hybride Kriegführung, politische Einflussnahme, Cyberangriffe und wirtschaftliche Erpressung. Autokratische Systeme zielen darauf, plurale Demokratien zu destabilisieren, indem sie gesellschaftliche Risse vertiefen und das Vertrauen in Institutionen untergraben. Doch die Gefährdung kommt nicht nur von außen, sondern ebenso von innen: Die Stabilität westlicher Gesellschaften wird erschüttert durch Polarisierung, Vertrauensverlust in demokratische Prozesse und die Verrohung des öffentlichen Diskurses. Populismus, Verschwörungsdenken und politische Fragmentierung zehren an jenen kulturellen und moralischen Ressourcen, die eine offene Gesellschaft tragen. In vielen Ländern beobachten wir einen schleichenden Abbau demokratischer Tugenden: Maß, Geduld, Gemeinsinn und Wahrheitsliebe geraten unter Druck.

Bedenklich ist: Diese Entwicklungen wurden in Ost und West in jeweils unterschiedlicher Weise mitverursacht. Der Osten – in Form autoritärer Staaten wie Russland oder China – durch die gezielte Rückkehr zu imperialer Machtpolitik, welche Gewalt als legitimes Mittel akzeptiert. Der Westen – durch die Illusion, Frieden sei ein quasi automatisches Nebenprodukt wirtschaftlicher Globalisierung, durch sicherheitspolitische Naivität und nicht

zuletzt durch die Verletzung eigener Prinzipien in fragwürdigen Interventionen. Die christliche Friedensethik steht heute vor der Aufgabe, diese ambivalente Wirklichkeit weder zu verklären noch zu dämonisieren, sondern differenziert zu deuten. Daraus gilt es handlungsleitende Kriterien zu gewinnen, die sowohl die Legitimität als auch die Begrenzung von Gewalt ethisch reflektieren.

IV.

Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden. Die christliche Friedensethik hat auf die beschriebenen Umbrüche durchaus reagiert – sie hat weder die wachsende Gewaltbereitschaft autoritärer Regime noch die genannten westlichen Irrwege verschlafen. Bereits seit den 1980er Jahren plädierten christliche Stimmen immer nachdrücklicher für die Entwicklung einer Lehre vom „gerechten Frieden“, welche das klassische Konzept des gerechten Krieges ablösen sollte. Nach den Katastrophen der beiden Weltkriege zog man in den Kirchen erste Konsequenzen: Papst Johannes XXIII. rief 1963 in *Pacem in Terris* zu einer Friedensordnung auf, die auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit gründet; das Zweite Vatikanum (1965) bekräftigte die Pflicht der Kirche, alles zu tun, um den Krieg als Institution zu überwinden. Die Deutschen Bischöfe formulierten im Jahr 2000 ihr Hirtenwort *Gerechter Friede*, und die Evangelische Kirche folgte 2007 mit der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen.“

Was bedeutet nun gerechter Friede? Es handelt sich weniger um eine völlig neue Lehre als um einen Perspektivwechsel. Der Fokus verlagert sich weg von der Frage „Wann darf Krieg geführt werden?“ hin zu „Wie können wir Frieden schaffen und bewahren?“. Gerechter Friede gedeiht und entsteht mittels einer Prozess-Ethik, die präventiv ansetzt: Sie zielt primär auf Gewaltprävention, auf den Aufbau gerechter Verhältnisse und die Bearbeitung von Konflikten mit zivilen Mitteln, bevor sie eskalieren. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit dienen dabei als Leitplanken; die Perspektive der Opfer von Gewalt rückt ins Zentrum. Gerechter Friede heißt, Unrecht klar zu benennen – seien es Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen – und daraus Konsequenzen zu ziehen. Es heißt weiter, Strukturen zu fördern, die Frieden begünstigen: Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Dialog und Versöhnungsarbeit, Abbau nationalistischer Feindbilder. All das bleibt möglich und nötig – gerade jetzt, mitten in einem Krieg in Europa. Denn gerechter Friede blendet die Realität von Konflikten nicht aus, sondern sucht Wege, dieser Realität anders zu begegnen.

Wichtig ist: Das Leitbild des gerechten Friedens ist kein blindes Pazifismus-Konzept. Es wurde bewusst als Alternative sowohl zur schrankenlosen Gewaltbereitschaft als auch zum

bedingungslosen Pazifismus entwickelt. Militärische Gewalt wird nicht grundsätzlich ausgeschlossen – aber sie wird strikt als ultima ratio eingeordnet, eingebettet in eine umfassende Friedensstrategie. Papst Franziskus hat bis zu seinem Tod diese Linie bekräftigt, indem er nicht etwa eine Renaissance der bellum iustum-Lehre forderte, sondern an die Ächtung des Krieges erinnerte und eine internationale Rechtsordnung verlangte, die Gewaltächtung ins Zentrum stellt. Gerechter Friede bedeutet also: Frieden durch Gerechtigkeit schaffen, nicht Frieden durch Unterwerfung. In der aktuellen Lage heißt das konkret, dass ein Waffenstillstand oder Verhandlungsergebnis nur dann ein gerechter Friede genannt werden kann, wenn er nicht bloß das Recht des Stärkeren zementiert. Eine Lösung, die völkerrechtswidrige Eroberung belohnt, wäre kein wahrer Friede, sondern der Nährboden für den nächsten Konflikt. Gerechter Friede verlangt eine Ordnung, in der Recht vor Macht geht – „das Recht des Stärkeren darf nicht die Stärke des Rechts brechen“.

Für uns als christliche Friedensethiker bleibt damit klar: Frieden ist untrennbar mit Gerechtigkeit und Wahrheit verbunden. Dieser Maßstab leitet uns durch alle folgenden Überlegungen. Gleichwohl stellt sich angesichts der aktuellen Eskalationen neu die Frage, ob das Konzept des gerechten Friedens wirklich trägt oder ob wir nicht doch (wieder) überkommene Kategorien bemühen müssen. Ich bin überzeugt: Das Leitbild des gerechten Friedens hat sich nicht überlebt. Im Gegenteil, seine Kernkriterien – etwa ante bellum (Konfliktprävention durch Gerechtigkeit) und post bellum (Verantwortung für eine gerechte Friedensordnung nach einem Konflikt) – sind heute dringlicher denn je. Zugleich sollte die Tradition des bellum iustum nicht als überwunden betrachtet werden, sondern als notwendige ethische Ressource in einer Welt, in der Gewalt wieder als „normal“ erscheint. So hat etwa Philipp Gisbertz-Astolfi die klassische Lehre vom gerechten Krieg 2022 in zeitgemäßer Weise systematisiert, und Christian Nikolaus Braun schlug 2023 die Kategorie einer abgestuften „just violence“ (gerechten Gewalt) als neue Differenzierung vor. Die Ansätze dieser neuen Generation von Friedensethikern machen Hoffnung, dass die Friedensethik auch künftig nicht ohne Antwort auf veränderte Realitäten bleibt.

V.

Versöhnung als Auftrag und Ziel. Angesichts von Krieg und Gewalt drängt sich die Frage nach der Versöhnung auf: Was können wir als Christinnen und Christen zur Überwindung von Feindschaft beitragen? Unbestritten ist: Versöhnung zu stiften gehört zum Kernauftrag unseres Glaubens – Jesus selbst gebietet uns, die Feinde zu lieben und Vergebung nicht zu verweigern. Zugleich gilt aber: Der beste Versöhnungswille kann Widerstand gegen

eklatantes Unrecht nicht ersetzen. Kein christliches Verständnis von Versöhnung darf mit Kapitulation vor dem Bösen verwechselt werden. Frieden um jeden Preis ist ethisch nicht verantwortbar. Wenn ein Aggressor nur auf Zeitgewinn aus ist oder seine Position zementieren will, wäre ein schneller Friede ohne Gerechtigkeit nichts als falsch verstandene Versöhnung. Wahre Versöhnung setzt Gerechtigkeit als Fundament voraus. Deshalb ist es kein Widerspruch, jetzt entschlossen Widerstand zu leisten und dennoch im Herzen das Fernziel der Versöhnung zu tragen. Wir Christen können beides: gegenwärtig wehrhaft sein – und zugleich versöhnungsbereit bleiben für die Zukunft. In diesem Sinne leisten wir unseren Beitrag: Wir halten die Vision hoch, dass die Feinde von heute – so Gott will – die versöhnten Partner von morgen sein können.

Gewalt und Gewissen: der verantwortete Umgang mit Gewalt. Die Frage nach Krieg und Frieden ist immer auch die Frage nach der Gewalt: Dürfen wir Gewalt anwenden – und wenn ja, wann, wie und wozu? Für Christinnen und Christen ist dies eine quälende Gewissensfrage, gerade in diesen Tagen. Einerseits verurteilen wir Gewalt als solche; andererseits stehen wir einer nackten Aggression gegenüber, der wir etwas entgegensetzen müssen. Wie finden wir also ein verantwortbares Verhältnis zur Gewalt?

Die christliche Friedensethik lehrt uns hier einen doppelten Grundsatz: Gewaltfreiheit bleibt die Richtschnur, aber das Recht auf Selbstverteidigung wird anerkannt, solange es keinen anderen Ausweg gibt. Diese Haltung hat tiefe Wurzeln. Schon der heilige Thomas von Aquin erkannte vor Jahrhunderten, dass in Konfliktsituationen ethisches Handeln möglich und nötig bleibt – und dass das Ziel aller Aktionen stets der Friede sein muss, „der möglichst gewaltfrei erreicht werden soll“. Daraus folgt: Wo immer ein Konflikt ohne Gewalt gelöst werden kann, muss dieser Weg beschritten werden. Jede nicht ausgeschöpfte gewaltfreie Möglichkeit macht den Griff zur Waffe moralisch illegitim.

Aber: Wenn ein Aggressor ohne jeden Grund ein Land überfällt, unschuldige Menschen tötet, Verbrechen begeht – dann darf er damit nicht durchkommen. In einer solchen Extremsituation schließt selbst die Bergpredigt das Recht auf Selbstverteidigung nicht aus. Nirgendwo sagt Jesus, ein Volk müsse sich kollektiv auslöschen lassen, um moralisch rein zu bleiben. Die Bergpredigt verbietet individuelle Vergeltung, aber nicht die legitime Selbstverteidigung eines Gemeinwesens. Genauso wenig stellt eine legitime Verteidigung im Notfall das Ideal der Gewaltlosigkeit insgesamt in Frage. Beide Pole – das Ideal und die Ausnahme – müssen ausgehalten werden. „Das Recht des Stärkeren darf nicht die Stärke des Rechts brechen“ –

dieses Prinzip macht den Einsatz von Gewalt leider notwendig, wo sonst Unrecht triumphieren würde.

Jeder Waffeneinsatz bleibt dennoch ein moralisches Drama, das nur unter strengen Vorbehalten verantwortet werden kann. Wer Gewalt anwendet, muss es in dem Bewusstsein tun, dass jeder getötete Mensch – selbst der feindliche Soldat – eine Tragödie ist. Verantworteter Umgang mit Gewalt bedeutet: kämpfen, um zu schützen, und zugleich innerlich bewahren, was Papst Franziskus die „Trauer über den Krieg“ nennt.

Zusammengefasst: Wir Christen sehen Gewalt nicht als Lösung, aber wir wissen, dass Nichtstun im Angesicht massiver Gewalt Unschuldige preisgeben würde. Darum bejahen wir eine wehrhafte Friedfertigkeit: alles für den Frieden tun – und im äußersten Notfall auch mit Waffengewalt, um das Schlimmste zu verhindern. Dies jedoch immer begrenzt, immer kontrolliert und immer orientiert auf das schnellstmögliche Ende der Gewalt.

VI.

Aufrüstung mit Augenmaß: ethische Begleitung militärischer Stärkung. Die geplante Stärkung der Bundeswehr und der Streitkräfte unserer Bündnispartner dient erklärtermaßen dem Schutz vor weiterer Gewalt und der Bewahrung von Freiheit. Aus friedensethischer Sicht ist dies ein legitimer Zweck. Defensiv ausgerichtete militärische Stärke, die Aggression abschrecken soll, kann moralisch gerechtfertigt sein – ja, in der aktuellen Lage ist sie wohl ethisch geboten. Die großen Investitionen in die Widerstandsfähigkeit Deutschlands und Europas lassen sich rechtfertigen, weil sie dem Schutz von Menschenleben dienen. Wenn dazu bestimmte militärische Fähigkeiten unabdingbar sind, dann ist deren Aufbau nicht etwa verwerflich, sondern folgerichtig im Sinne verantwortlicher Friedenssicherung. Aufrüstung an sich ist also kein Tabu, solange klar bleibt: Sie ist Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Der Zweck heißt, den Frieden zu sichern.

Eine ethische Begleitung der militärischen Stärkung ist allerdings unerlässlich: durch Transparenz, Maß und klare Orientierung. Orientierung am Schutzauftrag, Maß in den Mitteln und Transparenz in der demokratischen Kontrolle. Dann können Christinnen und Christen trotz aller inneren Konflikte sagen: Ja, wir tragen diese Verstärkung mit – aber wachsam und nicht bedenkenlos. Wir wissen um die andere Seite der Medaille: um jene, die Krieg am eigenen Leib erfahren haben und wissen, „wieviel nötig ist, sich einem Aggressor entgegenzustellen“. Dies ernst zu nehmen heißt, Aufrüstung nicht grundsätzlich zu verwehren, sondern ethisch zu kontextualisieren und zu begrenzen.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Deutschland und Europa ist in der jetzigen Lage kein Ausdruck von Militarismus, sondern eine Reaktion auf die Wirklichkeit. Die Alternative zu einer verantworteten Aufrüstung ist nicht der Frieden, sondern der Verlust der Freiheit. Gegner einer solchen Abschreckungsfähigkeit übersehen oft, dass die Abwesenheit von Abschreckung nicht Frieden bedeutet, sondern Machtvakua schafft, die von autoritären Akteuren brutal ausgefüllt werden. Die Realität in den besetzten Gebieten der Ukraine führt uns vor Augen, was der Verlust von Freiheit und die Herrschaft der Gewalt konkret bedeuten. In diesem Sinne plädiere ich nicht für eine Militarisierung, sondern für eine reflektierte Wehrhaftigkeit – getragen von der ethischen Einsicht, dass Frieden nicht passiv ist, sondern aktiv geschützt und gestaltet werden muss. Dies gilt besonders in einer Welt, in der die Schwelle zur Gewaltanwendung wieder sinkt.

VII.

Wehrhafte Demokratie und gesellschaftliche Resilienz. Eine zentrale Erkenntnis der Zeitenwende lautet: Nicht nur die Armee, sondern die ganze Gesellschaft muss verteidigungsfähig sein. Oft fällt in diesem Zusammenhang das Stichwort von der „wehrhaften Demokratie“. Traditionell meint es, dass die Demokratie sich gegen innere Feinde – etwa Extremisten – rechtlich wehren kann. Im aktuellen Kontext geht es jedoch noch weiter: Das Schlagwort heißt Gesamtverteidigung – also die Verzahnung von militärischer und ziviler Verteidigung.

Friedensethisch entscheidend ist dabei: Auch eine kriegstaugliche Gesellschaft muss ihre Humanität wahren. Wir verteidigen unsere Demokratie, um eine freie, menschliche Lebensweise zu retten – es wäre widersinnig, wenn wir uns dabei in etwas Unmenschliches verwandeln würden. Deshalb müssen wir innerlich wachsam behalten, wofür wir kämpfen: für Recht und Gerechtigkeit sowie Freiheit und Barmherzigkeit – dafür, dass Menschen in Frieden und Würde leben können. Diese Ziele unterscheiden uns von einem Aggressor, der Tod und Schrecken bringt. Das muss allen klar sein, die jetzt an der Wehrhaftigkeit arbeiten: Wir rüsten auf, um den Frieden zu verteidigen, damit wir als freie Gesellschaft weiterleben können.

Zusammengefasst sind die Zutaten für eine verteidigungsfähige Gesellschaft: die Integration aller Kräfte, materielle und mentale Vorsorge – und die unverbrüchliche Treue zu den Werten, die wir verteidigen. Gelingt dies, dann ist unsere Demokratie wahrhaft wehrhaft im umfassenden Sinne: nicht aggressiv, aber auch nicht wehrlos.

In einer solchen resilienten demokratischen Gesellschaft kommen den bereits erwähnten Tugenden und Werten eine herausragende Bedeutung zu. Sie sind die moralische Verteidigungslinie im Inneren. Ohne ihre Verankerung droht jede noch so starke Armee ins Leere zu laufen. Denn letztlich verteidigen wir nicht nur Land oder Institutionen, sondern eine Lebensform, einen Wertekanon. Wer etwa die Freiheit der Demokratie schützt, muss auch den Respekt vor der Würde jedes Menschen bewahren – sonst wüsste man am Ende nicht mehr, warum man überhaupt kämpft.

Eine wehrhafte Demokratie verlangt daher nicht nur Waffen und Gesetze, sondern vor allem innere Resilienz: Charakterstärke, Zusammenhalt und einen langen Atem. Wenn Feinde der Demokratie Zwietracht säen und Hass schüren, dann braucht es Menschen und Institutionen, die den Glauben an die gemeinsamen Werte wachhalten. Hier liegt die Parallele zwischen der inneren und der äußeren Verteidigungslinie: Während Soldaten und Sicherheitskräfte Leib und Leben schützen, müssen wir alle gemeinsam das Herz und die Seele unserer freien Gesellschaft schützen.

Die jüngsten Erfahrungen haben gezeigt, dass wir ohne einen einzigen feindlichen Soldaten auf deutschem Boden als Gesellschaft geschwächt werden könnten, wenn wir uns von innen heraus spalten lassen. Dagegen hilft nur ein solidarisches Zusammenstehen aller Kräfte der Demokratie. Integration aller Kräfte heißt, die Kompetenzen von Militär, Zivilschutz, Wirtschaft, Technologie und Kultur zu vernetzen. Materielle Vorsorge heißt, kritische Infrastruktur und Versorgung zu sichern. Mentale Vorsorge heißt, Bevölkerung und Institutionen geistig auf Krisen vorzubereiten – durch politische Bildung, durch Debattenkultur, durch seelischen Beistand in Notlagen. Und über allem steht die Treue zu unseren Grundwerten.

Wenn uns all das gelingt, dann – und nur dann – ist unsere Demokratie wirklich wehrhaft: Sie reagiert nicht aggressiv, aber sie bleibt auch niemals wehrlos. Eine solche demokratische Resilienz, die von innen stark ist, kann selbst schwerste Erschütterungen überstehen und gestärkt aus Konflikten hervorgehen. Sie lebt von Prinzipien wie Anstand, Respekt, Mut, Kompromissbereitschaft, Ehrlichkeit und Achtsamkeit – all das, was, wie zitiert, den „Kitt“ unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts bildet.

VIII.

Schluss: Gerechter Friede als Weg in die Zukunft. Die Zeitenwende führt uns eindringlich vor Augen, dass wir neu ringen müssen – ringen um Sicherheit, aber auch ringen um den Frieden. Kultur und Zusammenleben friedlich zu gestalten war seit jeher Aufgabe der Menschheit, und

jede Generation stand vor ihren eigenen Herausforderungen. Unsere heutigen Herausforderungen mögen neuartig erscheinen – hybrider, technischer, globaler –, doch die Grundfragen bleiben: Wie bewahren wir die Würde jedes Menschen? Wie zügeln wir Macht durch Recht und Gerechtigkeit? Wie überwinden wir Feindschaft durch Versöhnung? Die Antworten darauf zu finden, fordert all unsere Kräfte von Vernunft, Empathie und Spiritualität. Wir werden diese Antworten nur gemeinschaftlich finden – als demokratische Gesellschaft insgesamt, und mit Unterstützung jener Quellen, die tiefer reichen als viele Banalitäten des Alltags, die oft den Anlass für so viel Streit bieten.

Eine dieser Quellen ist ohne Zweifel die Religion – für uns insbesondere das Christentum, das einen großen Schatz an friedensethischem Denken angehäuft hat – von der Feindesliebe bis zur Lehre vom gerechten Krieg. Dieser Schatz hat unsere Zivilisation geprägt und sogar Kriege gezähmt. Päpste wie Johannes Paul II. und Franziskus haben gezeigt, wie man mit diesem Erbe in konkreten Konflikten Orientierung geben kann. Nutzen wir als Pilger der Hoffnung dieses Erbe! Nehmen wir die Vision ernst, die uns die biblische Botschaft anbietet: „Friede auf Erden den Menschen guten Willens“. Das ist kein naiver Weihnachtsspruch, sondern ein Programm. Guter Wille – das bedeutet, dass alle Seiten eine ethische Selbstverpflichtung zu Frieden und Humanität eingehen müssen; es bedeutet, dass die Kinder Abrahams – Juden, Christen, Muslime – gemeinsam für Versöhnung und Gerechtigkeit eintreten können.

Am Ende geht es darum, das richtige Verhältnis zu finden: Wehrhaftigkeit ohne Kriegslüsternheit, Friedfertigkeit ohne Wehrlosigkeit. Die katholische Friedensethik bleibt hier ein wichtiger Kompass. Wir sollten den reichen Friedens-Schatz unseres Glaubens und unserer Werte nicht preisgeben, sondern kreativ weiterentwickeln. Kultur braucht weiterhin den Bezug zu Kult – sprich: zu den höchsten Werten, die uns tragen. Frieden braucht inspirierte Friedensstifter, die aus ihrem Glauben und ihren Überzeugungen Mut schöpfen.

Papst Leo XIV. hat erst kürzlich eindringlich daran erinnert, dass der Friede nicht nur ein Ziel, sondern ein Auftrag an die Menschheit ist: „Heute mehr denn je ruft und fleht die Menschheit nach Frieden. Es ist ein Ruf, der nach Verantwortung und Vernunft verlangt und der nicht von Waffenlärm und Rhetorik übertönt werden darf, die zum Konflikt aufstachelt. [...] Der Krieg löst keine Probleme, sondern verstärkt sie und hinterlässt tiefe Wunden in der Geschichte der Völker, die Generationen benötigen, um zu heilen. [...] Die Diplomatie soll die Waffen zum Schweigen bringen! Die Nationen sollen ihre Zukunft mit Werken des

Friedens gestalten, nicht mit Gewalt und blutigen Konflikten!“². Frieden ist möglich, weil er gestaltbar ist – durch gerechte Strukturen, durch politischen Mut, durch soziale Resilienz und nicht zuletzt durch einen inneren Kompass, den die Friedensethik immer neu justieren hilft.

Die Kirchen sind in diesem Sinn aufgerufen, Hoffnungsspender und Lobbyisten des Friedens zu sein – mit ihrer Verkündigung ebenso wie mit konkreten Initiativen in Gemeinden, Schulen, sozialen Brennpunkten und internationalen Konfliktzonen: von Versöhnungsprojekten über interreligiöse Dialoge bis hin zur seelsorglichen Begleitung der Menschen in der Militär- und Notfallseelsorge. Die Friedensethik gibt diesem Engagement Tiefe. Sie fragt nicht nur nach der Rechtfertigung von Gewalt, sondern vor allem nach deren Begrenzung. Sie sucht nicht bloß Sicherheit zu ermöglichen, sondern gerechten Frieden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

² <https://www.osservatoreromano.va/de/news/2025-06/ted-025/die-nationen-sollen-ihre-zukunft-mit-werken-des-friedens-gestalt.html> (abgerufen am 23. Oktober 2025)